

Untersuchungsausschuß:**Bundesrechnungshof
führte keine eigenen
Recherchen durch**

In Ausgabe Nr. 12 hat „Landtag intern“ über drei öffentliche Sitzungen des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses – Klinikum Aachen – berichtet, die während der Sommerpause stattfanden. Hier folgt der Schluß:

Der SPD-Abgeordnete Reinhold Trinius verwies darauf, vom Landesrechnungshof sei der Verdacht der Untreue angesprochen und die Bitte um Prüfung von strafrechtlichem Vorgehen an die Landesregierung herangetragen worden. Trinius stellte die Frage, ob es richtig sei, daß eine Anzeige der Landesregierung Wirkung gehabt oder ob auch die Möglichkeit bestanden hätte, daß der Beschuldigte mit einer Verleumdungsklage hätte antworten können. Graul deutete daraufhin an, so erhärtet sei der Verdacht nicht gewesen.

Rahmenpläne

Für den Bundesrechnungshof sagte als erster Zeuge Oberrechnungsrat Walter Kneib (53) aus, der erläuterte, der Bund erstatte für Projekte wie das Klinikum Aachen die Hälfte der Kosten gemäß den Rahmenplänen für Gemeinschaftsaufgaben. In den 8. Rahmenplan seien 917 Millionen Mark aufgenommen worden. Der Bundesrechnungshof habe 780 Millionen Mark als angemessen angesehen und den höheren Betrag beanstandet. In den 11./12. Rahmenplan seien dann bereits 1,678 Milliarden Mark aufgenommen und erneut beanstandet worden. Daraus sei ein Verfahren entstanden, „daß jetzt zwischen uns und dem Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft im Gange ist“, sagte Kneib. Er verwies auf eine Vergleichsuntersuchung des Wissenschaftsrates, der Kosten in Höhe von 1,6 Milliarden Mark als „plausibel“ bezeichnet habe. Diese Vergleichsuntersuchung habe der Bundesrechnungshof nicht in allen Punkten gutheißen können. Kneib unterstrich, daß seine Behörde keine eigenen Untersuchungen vor Ort durchführe, „weil wir das nicht dürfen“. Was dem Bundesrechnungshof vorliege, habe der Landesrechnungshof ermittelt. Kneib unterstrich, daß Feststellungen zum „Bereich Land“ auch die im Auftrag handelnde Neue Heimat umfaßten. Auch der Ministerialrat als Mitglied des Bundesrechnungshofs, Hans-Jürgen Hesse (60), erklärte: „Wir durften nicht vor Ort prüfen.“ Er betonte: „Wir müssen uns auf den Landesrechnungshof verlassen.“ Der Bundesrechnungshof könne nur feststellen, was dem Bund erstattet worden sei und ob die Beträge erstattungsfähig seien. Gesprächspartner sei der Rechnungsprüfungsausschuß des Bundestages, erklärte der Zeuge vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß.

Porträt der Woche

Prof. Dr. Wolfgang Brüggemann (CDU)

Für die nächsten Landtagswahlen an Rhein und Ruhr steht er seiner Partei als Kandidat nicht mehr zur Verfügung. Zwar hat sich die westfälische CDU mit dem „Professor aus Bochum“, der an der Pädagogischen Hochschule in Dortmund politische Bildung und Didaktik der Geschichte lehrte, immer etwas schwergetan. Doch an der Lauterkeit seiner Argumente, seinem persönlichen und politischen Stehvermögen mochte niemand zu zweifeln. Und noch eines: Auch in der parlamentarischen und politischen Arena blieb Brüggemann immer auf dem „Fechtboden des Geistes“.

In „kritischer Loyalität“ zum Landesvorsitzenden der westfälischen CDU Prof. Kurt Biedenkopf, aber auch zu seiner eigenen Landtagsfraktion, der er seit 1966 angehört, hält er die letzten Monate seiner Abgeordnetenzeit im Landtag von Nordrhein-Westfalen durch. Zwar war er im vergangenen Jahr im Professorenrat mit Kurt Biedenkopf diesem bei der Wahl zum Landesvorsitzenden deutlich unterlegen, doch sein Antreten aus dem Stand blieb dennoch ein unbestreitbarer persönlicher Achtungserfolg.

Steht Wolfgang Brüggemann am Ende seiner selbstbestimmten parlamentarischen Karriere im Schatten von Professor Kurt Biedenkopf, so stand er am Anfang seiner Tätigkeit als Landtagsabgeordneter im Schatten von Josef Hermann Dufhues, der neben seinem Landesvorsitz bald Innenminister in Düsseldorf, dann Konrad Adenauers Generalsekretär in Bonn und schließlich Landtagspräsident wiederum in Düsseldorf war. Brüggemann ließ sich durch solche Spitzenämter nie beeindruckten.

Während andere immer wieder Ausflüge in die Bundes- und Außenpolitik unternahmen, sah er seine Aufgabe vor allem darin, der Kulturpoli-

tik Anstöße zu geben, um deren praktische Verwirklichung er ebenso beharrlich in der Abgeschiedenheit der nichtöffentlichen Landtagsausschüsse wie vor der Öffentlichkeit des Landtagsplenums rang, solidarisch mit seiner Fraktion, aber auch dem Ganzen verpflichtet.

Als Bürgermeister von Bochum erfüllte er sich seinen Jugendtraum, es einmal seinem Großvater gleichzutun, als Bundesvorsitzender des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) scheute er nicht die Auseinandersetzung auf Bundesebene, als Landtagsabgeordneter gab er der Kulturpolitik seinen Prägestempel, immer aber fühlte er sich Rolf Darendorfs Wertmaßstab „Konflikt ist Freiheit“ verpflichtet. Auch ohne parlamentarische Würde und Bürde wird er diesem Freiheitsbegriff verbunden bleiben. Seine Sorge ist es, das Wohl des Ganzen in einer von Interessen und Konflikten bestimmten Gesellschaft der modernen Demokratie zu sichern. Dem Landtag von Nordrhein-Westfalen wird nach den Landtagswahlen im Mai nächsten Jahres ein wortgewandter Debattierer, ein kreativer Denker und überzeugter Kämpfer für christlich-demokratische Vorstellungen und Ziele fehlen. Sein Vermächtnis: Wahlen müssen im Revier gewonnen werden.

Karl Fischer-Reichenberg